

Vorfahrt für Bildung

Beschlossen : 64. Ordentlicher Landesparteitag am 21. März 2009 in Gifhorn : 21.03.2009

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Forderungen an die Erste Phase der Lehrerausbildung für allgemein bildende Schulen

Bildung ist der Schlüssel zur Freiheit und zum gesellschaftlichen Aufstieg innerhalb einer Gesellschaft. Lehrerinnen und Lehrer spielen hierbei eine zentrale Rolle und tragen eine große Verantwortung. Der Lehrerberuf benötigt endlich die gesellschaftliche Anerkennung, die er in anderen Ländern genießt. Daher fordert die FDP, die Qualität der Lehrerausbildung deutlich zu verbessern.

Vor Aufnahme des Studiums soll überprüft werden, ob die zukünftigen Studenten die richtige Berufswahlentscheidung für sich treffen. Die Liberalen wollen dies mit einer Potenzialanalyse erreichen, die ein begleitetes und benotetes Praktikum einschließt. Ziel ist es, die künftigen Lehramtsstudenten zu einer kritischen Selbstreflexion zu befähigen und zu ermutigen. Bei einer nicht ausreichenden Benotung des Praktikums ist dieses innerhalb der ersten Semester erfolgreich zu wiederholen.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Schulsysteme sollen bundesweite, zentrale Prüfungsmindeststandards mit studienbegleitenden benoteten Leistungen ein einheitliches, hohes Niveau sicherstellen. Die Vergleichbarkeit der Abschlüsse erfordert klare Vorgaben. Dabei ist von einem Studium von sechs Semestern in der Bachelor- und vier Semestern in der Masterphase für alle Lehrämter auszugehen.

Die Lehrerausbildung muss unter dem Leitbild einer "pädagogischen Führungskraft" auf die Eigenverantwortung von Schulen und schulische Qualitätsentwicklungsprozesse vorbereiten. Dabei muss jede Reform der Lehrerausbildung aber unter der Beibehaltung der staatlichen Verantwortung für die Lehrerausbildung als hoheitlichem Akt stehen. Daher sind die rechtlichen Bedingungen in ein niedersächsisches Gesetz zur Lehrerausbildung zu fassen.

Lehrer müssen in der Lage sein, bestehende Stärken und Schwächen sowie Fähigkeiten ihrer Schüler zu analysieren, einzuordnen und zu beurteilen. Das gilt besonders für den Bereich der Elementarpädagogik. Die Liberalen machen sich dafür stark, dass das Grundschullehramt in Zukunft ein eigenständiger Studiengang wird. Durch die gezielte Ausbildung zum Grundschullehrer soll zum Beispiel die Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte verstärkt werden, um Kinder individueller zu fördern.

Die Praxis in der Lehrerausbildung benötigt einen höheren Stellenwert durch einen erhöhten Umfang praktischer Anteile. Diese Intensivierung der Praxisanteile darf keine Abwertung oder Reduzierung der fachwissenschaftlichen Aspekte des Studiums bewirken. Es ist institutionell dafür zu sorgen, dass die Bereiche Fachwissenschaft, Didaktik der Fächer, Bildungs- und

Erziehungswissenschaften sowie Unterrichtspraxis inhaltlich aufeinander bezogen werden.

Ein vereinfachter Wechsel zwischen Lehramts- und Fachstudiengängen soll den für den Lehrerberuf nicht befähigten Kandidaten Alternativen aufzeigen und mehr Chancen für Quereinsteiger eröffnen. Weiterhin sollen ein vereinfachter Wechsel der Fächer innerhalb eines Lehramtsstudiengangs sowie Umschulungsmöglichkeiten hin zu Mangelfächern die fachspezifische Versorgung verbessern. Ebenso sollte sich die Belegung von Mangelfächern beim Übergang zur Master-Phase und zum Vorbereitungsdienst stärker begünstigend auswirken.

Es ist eine systematische Kooperation der Hochschulen, Schulen, Studienseminare und der Fort- sowie Weiterbildungsträger verbindlich zu machen. Damit könnten auch die Aus- und Fortbildung stärker aufeinander bezogen werden. Im Anschluss an die Lehrerausbildung kann eine durch die Studienseminare begleitete Berufseinstiegsphase erfolgen, die auch der Evaluation und damit besonders der wissenschaftlichen Auswertung dient.